

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft
und Beschäftigung -

Tagesordnung II Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 11. Dezember 2013

Vorlagen-Nr. 13-V-11-2008

Job-Ticket - Weiterführung im Jahr 2014 und 2015

## Beschluss Nr. 0433

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
- 1.1 den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern derzeit Jobtickets gegen 37% Eigenbeteiligung (Ausnahme bei Preisstufe 13, dort 37,3 %) zur Verfügung gestellt werden.
- 1.2 die Kosten hierfür zentral im Budget des Amtes 11 veranschlagt sind (Kostenstelle 1100080, Kostenart 673100). Es stehen für diese Aufgabe jeweils 552.550.- € in den Jahren 2014 und 2015 zur Verfügung.
- 1.3 mit einer weiteren Kostensteigerung gerechnet werden muss. Der Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) hat eine Steigerung der Fahrpreise zum 15.12.2013 um durchschnittlich 2,4 Prozent angekündigt.
- 1.4 durch Beschluss Nr. 0705 der Stadtverordnetenversammlung vom 21.12.2011 die Erhöhung des Eigenanteils auf 38 % begrenzt ist.
- 1.5 es nicht auszuschließen ist, dass die Steuerbehörden künftig die Versteuerung von Jobtickets ändern (Sachbezug i.S. des § 8 Abs. 2 Satz 1 EStG). Soweit hierdurch steuerliche Aufwendungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt zukommen, könnten hierdurch die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer und damit die kalkulierten Einnahmen sinken, was eine Neubetrachtung erforderlich machen könnte.
- 2. Es wird beschlossen, dass
- 2.1 das Jobticket auch in den Jahren 2014 und 2015 den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung gestellt wird. Der Eigenanteil bleibt für das Jahr 2014 unverändert.
- 2.2 der Magistrat (Dezernat III/11) die entsprechenden Verträge so abschließen kann, dass das Jobticket ohne zeitliche Unterbrechung zur Verfügung gestellt werden kann.

(antragsgemäß Magistrat 12.11.2013 BP 1063)

Tagesordnung II

Wiesbaden, .12.2013

Horschler Vorsitzender